



Zurück in die Welt

Austausch zum
Bildungsstandard machen!

Antworten auf unsere Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2021

Im Rahmen der Kampagne „Zurück in die Welt – Austausch zum Bildungsstandard machen!“ zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 26. September 2021 haben wir die Parteien gefragt, wie der internationale Schüler- und Jugendaustausch konkret gestärkt werden soll.

Geantwortet haben:

CDU

SPD

FDP

Bündnis 90/Die Grünen

Stand: 16. September 2021

Förderung von Bildungsgerechtigkeit

1. Wie stehen Sie zum Anspruch, dass jeder junge Mensch in Mecklenburg-Vorpommern – unabhängig von sozialem Hintergrund, finanziellen Voraussetzungen oder der besuchten Schule – einmal während der Schulzeit an einem grenzüberschreitenden Austausch teilnehmen kann?

- CDU** Die CDU M-V bekräftigt ausdrücklich den Anspruch, dass jeder junge Mensch in Mecklenburg-Vorpommern – unabhängig von sozialem Hintergrund, finanziellen Voraussetzungen oder der besuchten Schule – einmal während der Schulzeit an einem grenzüberschreitenden Austausch teilnehmen können sollte.
- SPD** Grundsätzlich befürworten wir den Anspruch, dass jeder junge Mensch einmal während der Schulzeit an einem grenzüberschreitenden Austausch teilnehmen können sollte. Rückmeldungen aus schulischen Austauschen belegen deutlich, dass derartige Erfahrungen der persönlichen Entwicklung guttun und die Einstellung zu anderen Kulturen überaus positiv beeinflussen. Solch eine bereichernde Erfahrung für das Leben junger Menschen können wir als SPD nur unterstützen.
- B90/DIE GRÜNEN** Bildungschancen sind Zukunftschancen. Alle Menschen haben ein Recht auf gute Bildung egal, wie und wo sie leben. Das Kennenlernen anderer Länder, Kulturen und Sprachen ist in einer globalisierten Welt ein wichtiger Bestandteil guter Bildung. Hierdurch werden jungen Menschen interkulturelle Sozialkompetenzen und ganzheitlicheres Denken nähergebracht. Zudem sorgen die Erfahrungen eines grenzüberschreitenden Austausches dafür, dass weniger junge Menschen auf rassistische Hetze hereinfließen.
- Aus diesen und noch vielen anderen Gründen, unterstützen BÜNDNIS'90/ DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern den oben formulierten Anspruch.
- DIE LINKE** Es liegt aktuell noch keine Antwort vor.
- FDP** Die Forderung wird begrüßt, jedem jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern während seiner Schulzeit die Möglichkeit zum grenzüberschreitenden Austausch zu eröffnen. Wer früh andere Länder in all ihren Facetten kennenlernt, lernt kulturelle Vielfalt zu schätzen und erkennt den Mehrwert internationaler Kooperationen.

2. Welchen Standpunkt nehmen Sie gegenüber der Forderung ein, internationalen Schüleraustausch an Regionalen Schulen und Gesamtschulen gezielt durch ein eigenes Programm der Landesregierung zu fördern?

- CDU** Es wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.
- SPD** Grundsätzlich ist die Forderung, internationalen Schüleraustausch an Regionalen Schulen und Gesamtschulen gezielt zu fördern, zu begrüßen. Anzumerken ist hier auch, dass die Landesmittel, die für den schulischen Austausch mit Mittel-, Ost- und Südosteuropa und Israel, die für alle Schulformen zur Verfügung stehen, jährlich nicht komplett abgerufen werden. Gleiches gilt für EU-Mittel, wenn andere Zielstaaten (z. B. in Westeuropa) angestrebt werden.
- Viele Schulen führen Studienfahrten durch, die allerdings weder aus Landes-, noch aus Bundes- oder EU-Mitteln bezuschusst werden können. Zuschüsse können generell für Austausche im Rahmen von Schulpartnerschaften oder für Projekte gewährt werden und diese halten wir für wichtig.
- B90/DIE GRÜNEN** Viele Schulen in unserem Land haben weder die finanziellen noch personellen Kapazitäten umfassende Austauschprogramme für ihre Schüler*innen zu organisieren. Damit dennoch alle Schüler*innen in M-V die Chance erhalten an einem internationalen Austausch teilzunehmen, halten wir ein Förderprogramm vonseiten der Landesregierung für sinnvoll.
- DIE LINKE** Es liegt aktuell noch keine Antwort vor.
- FDP** Die Förderung des Schüleraustauschs auch an den genannten Schulformen ist ein Ausdruck von Chancengerechtigkeit. Ein mögliches Austauschprogramm der Landesregierung müsste zunächst den schulischen Austausch stärker in den Fokus rücken, Fördermöglichkeiten aufzeigen und ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten erschließen. Dabei nicht vergessen sollten wir die berufsbildenden Schulen. Während für das Studium viele Möglichkeiten und Programme bestehen, sollte auch für Berufsausbildungen ein deutlich besseres Angebot geschaffen werden.

3. Unterstützen Sie das Anliegen, dass Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern eine einkommensabhängige finanzielle Förderung durch die Landesregierung erhalten, um an einem ganz- oder halbjährigen individuellen Schüleraustausch im Ausland teilnehmen zu können?

CDU

Es wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

SPD

Das Anliegen klingt aus Sicht der Sozialdemokratie zunächst absolut unterstützungswürdig, um eine Chancengerechtigkeit unabhängig von der sozialen Herkunft zu ermöglichen. Wir sehen hier jedoch klare Umsetzungsschwierigkeiten, denn wer soll eine solche Prüfung vornehmen? Zudem ist es bereits jetzt möglich, dass einkommensabhängige finanzielle Unterstützung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, auch für die Teilnahme an Austauschmaßnahmen, gewährt werden kann.

Auch im Rahmen des EU-Programms ERASMUS+ können über die normalen Projektmittel hinaus Zuschüsse für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedarfen gewährt werden; für kurzfristige Projektaufenthalte, Schüleraustausche oder längerfristige individuelle Schulbesuche. Tatsache ist jedoch, dass diese Mittel eher nicht beantragt, stattdessen die Pauschalen aus dem Programm flexibel eingesetzt werden.

Auch die Verwaltungsvorschrift des Bildungsministeriums zur „Förderung von projektorientierten Begegnungen zwischen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern und Staaten

Mittelosteuropas, Südosteuropas sowie Israel im Rahmen von Schulpartnerschaften“ des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur vom 14. März 2016 lässt Abweichungen vom ausgewiesenen Fördersatz zu. Genutzt wurde das bisher jedoch nicht.

B90/DIE GRÜNEN

Wie bereits in Antwort 1 formuliert, wollen wir allen Schüler*innen, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern, die Chance bieten an einem internationalen Austausch teilzunehmen. Hierfür ist eine finanzielle Unterstützung vonseiten des Landes unerlässlich.

DIE LINKE

Es liegt aktuell noch keine Antwort vor.

FDP

Das Anliegen zur Gewährung einer einkommensabhängigen finanziellen Förderung eines individuellen Schüleraustauschs wird grundsätzlich unterstützt. Allerdings spricht aus unserer Sicht mehr für eine einkommensunabhängige Förderung des Schüleraustauschs. Das Einkommen der Eltern sollte nicht darüber entscheiden, ob Kinder oder Jugendliche an einem für ihre Entwicklung so wertvollen Austausch teilnehmen können.

Die Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern impliziert, dass einkommensstarke Eltern einen Austausch auch immer bereitwillig finanzieren würden. Wir wollen dies kindbezogen fördern, damit der Austausch weder daran scheitert, dass Eltern ihn nicht finanzieren können oder daran, dass sie ihn nicht finanzieren wollen.

Internationalem Schüleraustausch einen festen Platz in der Schule verschaffen!

4. Halten Sie ein parlamentarisches Patenschaftsprogramm des Landtages Mecklenburg-Vorpommern für sinnvoll, das sich analog zum PPP des Deutschen Bundestages gezielt an Schülerinnen und Schüler von Sekundar- Gemeinschafts- und Gesamtschulen richtet, die einen individuellen Schüleraustausch machen möchten?

| | |
|-----------------------|--|
| CDU | Die CDU M-V steht einem eigenen parlamentarischen Patenschaftsprogramm des Landtages M-V positiv gegenüber. Im Gegensatz zum PPP des Deutschen Bundestages, das einen Austausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika darstellt, kann sich die CDU M-V vorstellen, dass ein landeseigenes Patenschaftsprogramm in Kooperation mit dem Nachbarland Polen oder den übrigen Anrainerländern des Ostseeraums erfolgt.. |
| SPD | <p>Das Parlamentarische Patenschaftsprogramm halten wir für ein exzellentes Programm, auch wenn es lediglich einer sehr geringen Schülerzahl zugutekommt. Bereits das existierende Bundesprogramm ermöglicht Bewerbungen von Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufen I und II. Ein Landesprogramm nur für die Sek I wäre eine maßgebende Ergänzung zum bestehenden Programm und ein Zeichen des Landesparlaments. Zu bedenken ist hier jedoch, dass das existierende Programm ein Abkommen zwischen dem Kongress der Vereinigten Staaten und dem Deutschen Bundestag ist. Vonseiten Mecklenburg-Vorpommerns wäre ein Abkommen mit einem amerikanischen Bundesstaat erforderlich. Anbieten würde sich hier z. B. North Carolina (Mecklenburg County).</p> <p>Zu bedenken ist auch, dass das Bundesprogramm auf Gegenseitigkeit ausgelegt ist. Das Prinzip der Gegenseitigkeit müsste definiert werden, denn „einkommensabhängig“ kann unter Umständen natürlich auch bedeuten, dass ein 1:1 Austausch aufgrund der Wohn- oder Lebenssituation nicht realisierbar wäre.</p> |
| B90/DIE GRÜNEN | Um die Schüler*innen von Regionalen Schulen und Gesamtschulen umfangreicher bei der Vorbereitung und Durchführung eines Austausches zu unterstützen, halten wir ein analoges Patenschaftsprogramm für sinnvoll. |
| DIE LINKE | Es liegt aktuell noch keine Antwort vor. |
| FDP | Die Einrichtung eines solchen Programms begrüßen wir, denn es bietet jungen Menschen eine großartige Gelegenheit zur Weiterentwicklung ihrer Persönlichkeit und trägt ebenfalls zur kulturellen und politischen Bildung der Teilnehmenden bei. |

5. Teilen Sie unser Anliegen, dass sich die Landesregierung dafür einsetzen sollte, Schüleraustausch als Thema in allen Phasen der Lehrkräftebildung zu behandeln (Studium, Referendariat, Fortbildungsangebot des LISA)?

- CDU** Die CDU M-V teilt das Anliegen, dass die Bedeutung des Schüleraustausches Thema der Lehrkräftebildung sein sollte.
- SPD** Die Forderung, dass Schüleraustausch als Thema in alle Phasen der Lehrkräftebildung (Studium, Referendariat, Fortbildungsangebot des IQ M-V) gehört, begrüßen wir als SPD, um Erfahrungsaustausch und Vielfalt zu befördern. Allerdings sollte aus unserer Sicht anstelle von „Schüleraustausch“ ein anderer Begriff gefunden werden, z. B. „interkulturelle Bildung/interkulturelle Erfahrungen vermitteln“.
- Im Rahmen der zweiten Phase des Vorbereitungsdienstes sind Fragen des Schüleraustauschs Gegenstand in den Fachseminaren Sprache sowie im pädagogischen Seminar bei Schulfahrten. Aspekte interkultureller Bildung sowie interkulturelle Erfahrungen werden ebenso im pädagogischen Seminar und in weiteren Fachseminaren (z. B. Religion, Geschichte, Sozialkunde, Philosophie) aufgegriffen. In der dritten Phase werden regelmäßig Fortbildungen zu Austausch unterstützenden Programmen angeboten.
- B90/DIE GRÜNEN** Wir teilen dieses Anliegen, da wir Lehrer*innen dazu befähigen wollen ihre Schüler*innen bestmöglich zum Thema „Austausch“ zu beraten.
- DIE LINKE** Es liegt aktuell noch keine Antwort vor.
- FDP** Diesem Anliegen schließen wir uns an. In einer globalisierten Welt, welche immer mehr und auch neue Anforderungen an unsere Lehrkräfte stellt, kann eine qualifizierte Aus- und Fortbildung nur von größtem Nutzen sein. Gerade die Vergangenheit hat gezeigt, dass die immer noch verhältnismäßig geringe Nutzung von bestehenden Schüleraustauschprogrammen nicht auf fehlenden Willen, sondern häufig auf fehlende Informationen rund um das Thema zurückzuführen sind.

6. Unterstützen Sie die Forderung, die Internationalisierung von Schulen in Mecklenburg-Vorpommern durch Beratung, Qualifizierung und Vernetzung zu fördern? Sollte die Landesregierung zu diesem Zweck Informations- und Beratungszentren innerhalb oder außerhalb der Kultusverwaltung schaffen oder beauftragen?

- CDU** Die CDU M-V begrüßt die Forderung der Internationalisierung der Schulen in M-V. Über geeignete Wege ist in Verbindung mit den Schulträgern, den Schulen sowie den Partnern des internationalen Austausches zu diskutieren und auf Grundlage dieser Erkenntnisse zu entscheiden.
- SPD** Ein „Beratungs-/Qualifizierungs-/ Vernetzungszentrum“ einzurichten, wäre aus unserer Sicht sinnvoll, um einerseits das Thema „theoretisch“ mehr in den Fokus zu rücken, andererseits zielgruppenorientiert (schulartbezogen) Programme zur Unterstützung der interkulturellen Bildung besser bekanntzumachen und Schulen regional intensiver beraten zu können: Programme recherchieren, für Zielgruppen „aufarbeiten“, über Fördermöglichkeiten informieren, Beratung bei der Antragstellung und z. B. Konsortialanträge stellen. So könnten auch Fördermittel effektiver abgerufen werden, aber auch für Schulen verwaltet werden. Die Verwaltungsarbeit, die mit der Beantragung, Durchführung und Abrechnung von Maßnahmen einhergeht, stellt für Schulen einen zusätzlichen Aufwand da, der eine Hürde darstellen kann. Beispiel für eine derartige Umsetzung könnte das Landesamt für Schule und Bildung in Sachsen, analog IQ M-V, sein.
- B90/DIE GRÜNEN** Um alle Schulen in Mecklenburg-Vorpommern auf die zukünftigen organisatorischen Herausforderungen regelmäßig stattfindender Austauschprogramme vorzubereiten, unterstützen wir die Schaffung bzw. Beauftragung von Informations- und Beratungszentren.
- DIE LINKE** Es liegt aktuell noch keine Antwort vor.
- FDP** Eine pauschale Schaffung neuer Verwaltungsstrukturen und zusätzlicher Bürokratie ist nicht sinnvoll. Wir setzen hierbei auf die bessere Nutzung und Koordination der bereits bestehenden Angebote, z. B. durch Weiterbildungsmaßnahmen für die Lehrkräfte. Viel wichtiger ist für uns der ständige Austausch zwischen Politik und Lehrkräften, denn sie kennen bestehende Probleme und Hürden am besten. Aufgabe der Politik muss es hierbei sein, die Schulen und Lehrkräfte bedarfsgerecht und möglichst zielgerichtet zu unterstützen.

7. Sollte die Landesregierung darauf hinwirken, dass Schulen Funktionsstellen für die Koordinierung von Schulpartnerschaften einrichten und Lehrkräfte ein Anrecht auf Entlastungsstunden und Kostenerstattung für die Organisation und Durchführung von Schüleraustauschen erhalten?

CDU

Es wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

Die CDU M-V hält es für sinnvoll, die betreffenden Lehrkräfte auf geeignete Weise zu entlasten. Dies ist jedoch im größeren Zusammenhang der grundsätzlichen Organisation der Schulen, der Stärkung der Schulleitung sowie der Entlastung bei Funktionsaufgaben zu diskutieren.

SPD

Es erscheint in der aktuellen Situation des Fachkräftemangels leider ehrlicherweise illusorisch, an Schulen eine Funktionsstelle für die Koordinierung von Schulpartnerschaften einzurichten und Lehrkräften ein Anrecht auf Entlastungsstunden und Kostenerstattung für die Organisation und Durchführung von Schüleraustauschen zu gewähren. Ähnliche Forderungen aus anderen Lernbereichen wären sehr wahrscheinlich. Vielmehr sollte deutlich gemacht werden, dass alle Lernbereiche einen Bildungs- und Erziehungsauftrag haben. Diese Bereiche zu bündeln, wäre aus unserer Sicht sinnvoll.

B90/DIE GRÜNEN

Angesichts des erhöhten Arbeitsaufwands, den die Organisation und Durchführung eines Schüleraustausches für die Lehrkräfte mit sich bringt, halten wir Entlastungsstunden und Kostenerstattungen für sinnvolle Maßnahmen. Dies gilt auch im Hinblick darauf, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern einem dramatischen Lehrkräftemangel gegenüberstehen. Daher müssen wir alles daran setzen unsere vorhandenen Lehrer*innen zu schonen und den Beruf gleichzeitig für Nachwuchslehrkräfte attraktiv zu machen, ohne dass die Ausbildung der Schüler*innen darunter leidet.

Ebenso halten wir die Einrichtung von Funktionsstellen für sinnvoll, um klare Zuständigkeiten zu schaffen und die Arbeitsbelastung für die Koordinierung von Schulpartnerschaften auf viele Schultern zu verteilen.

DIE LINKE

Es liegt aktuell noch keine Antwort vor.

FDP

Die Einrichtung von Funktionsstellen zur Koordinierung von Schulpartnerschaften ist nicht zielführend. Vielmehr sollte die Arbeit der betreffenden Lehrkräfte über die Gewährung von Anrechnungsstunden für besondere Belastungen gemäß der Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung gewürdigt werden.

8. Stimmen Sie zu, dass die Landesregierung eine systematische Verknüpfung von Fachunterricht mit Schüleraustausch auch jenseits des Fremdsprachenunterrichts anregen und unterstützen sollte?

- CDU** Die CDU M-V begrüßt grundsätzlich die Identifikation von Möglichkeiten zur Hebung von Synergieeffekten im Unterricht und der Umsetzung, sofern sinnvoll und praktikabel.
- SPD** Schüleraustausche und grenzüberschreitende Projekte müssen grundsätzlich themen- und projektorientiert sein, wenn Fördermittel gewährt werden sollen; sie können also mit Schwerpunkten wie politische und historische Bildung, MINT, neue Medien, Demokratiebildung, interkulturelle Bildung, Inklusion usw., aber auch mit Fächern kombiniert werden.
- B90/DIE GRÜNEN** Besonders im Kontext einer globalisierten Welt und den globalen Herausforderungen, die die nachfolgenden Generationen erwarten, unterstützen wir die Verknüpfung jeglichen Fachunterrichts mit Schüleraustausch. Folglich stimmen wir zu, dass die Landesregierung entsprechende Anregungen tätigen sollte.
- DIE LINKE** Es liegt aktuell noch keine Antwort vor.
- FDP** Ein Schüleraustausch bietet der Schülerin bzw. dem Schüler eine Vielzahl von Erfahrungen, die im weiteren Leben sehr nützlich sein können. Man lernt andere Kulturen kennen, lernt andere Sprachen sprechen, lernt andere politische Systeme kennen und vieles mehr. Kurzum könnte man sagen, dass ein Schüleraustausch ein erster großer Schritt zur Vorbereitung auf ein Leben in einer immer weiter globalisierten Welt sein kann. Dementsprechend lohnt es sich, immer nach neuen Möglichkeiten zu suchen, das Thema Schüleraustausch auch jenseits des Fremdsprachenunterrichts stärker zu fokussieren. Wir könnten uns hierbei ganz konkret z.B. Projekte im Rahmen des naturwissenschaftlichen Unterrichts vorstellen, indem man Schülerinnen und Schülern die globalisierte Forschungsarbeit im Rahmen eines Schüleraustauschs in Kooperation mit Universitäten nahebringt.

Gute Ideen für die Förderung des internationalen Schüleraustauschs

9. Haben Sie weitere Ideen, wie internationaler Schüleraustausch gestärkt und so zum selbstverständlichen Bildungsangebot für Schülerinnen und Schüler aller Schulformen werden kann?

| | |
|-----------------------|--|
| CDU | Die CDU M-V setzt sich dafür ein, die Informationen über die vielfältigen Möglichkeiten des Schüleraustausches zu bündeln und für alle Interessierten leichter zugänglich zu machen. |
| SPD | Unsere Ideen finden Sie in der Antwort zu Frage 6. |
| B90/DIE GRÜNEN | [Dazu liegt keine Antwort vor.] |
| DIE LINKE | [Es liegt aktuell noch keine Antwort vor.] |
| FDP | Der Schlüssel zu einer vermehrten Nutzung bestehender Programme und auch zur Schaffung weiterer Angebote, ist die Entbürokratisierung. Hürden für Schülerinnen und Schüler, einen Schüleraustausch durchzuführen, müssen so niedrig wie möglich gehalten werden. Weiterhin müssen die Möglichkeiten ausgebaut werden, auch Kindern aus einkommensschwächeren Familien einen Schüleraustausch zu ermöglichen. Außerdem ist es sehr wichtig, sowohl die Lehrkräfte als auch die Schülerinnen und Schüler besser über bestehende Schüleraustauschprogramme zu informieren, denn nur so erreicht man eine größere Aufmerksamkeit für dieses Thema. |



Kontakt

Deutsches Youth For Understanding Komitee e.V.

Anna Kauert

anna.kauert@yfu.de

+ 49 (0)40 – 227 002-26

Initiative »Austausch macht Schule«

Bernd Böttcher

b.boettcher@austausch-macht-schule.org

+ 49 (0)40 – 87 88 679-31